

---

# Jenseits des vereinten Europas Rechtsextreme Parteien in Tschechien und der Slowakei

Lukáš Novotný/Tom Thieme

---

Dr. Lukáš Novotný, geb. 1979 in Ostrov, Tschechoslowakei, Wiss. Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Jan-Evangelista-Purkyne-Universität in Ústí nad Labem (Anschrift: České mládeže 8, CZ-400 96 Ústí nad Labem). Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik, 2003 Mgr. Universität Pilsen, 2005 M. A. Universität Bayreuth, 2008 Promotion zum Dr. phil. TU Chemnitz.

Dr. Tom Thieme, geb. 1978 in Karl-Marx-Stadt (jetzt Chemnitz), Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, TU Chemnitz (Anschrift: Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz). Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie, 2004 M. A. TU Chemnitz, 2007 Promotion zum Dr. phil. TU Chemnitz.

## Abstract

Despite the generally positive transformation in East Central Europe, there are still participants in politics connecting to the totalitarian inheritance of the past. This essay examines the causes, effects and developments of right-wing extremism in the Czech Republic and in Slovakia from a comparative perspective. Although both countries have much in common as far as historical and current causes for the development of extremism are concerned, they differ particularly in the extent of right- and left-wing extremism. While the Czech Republic's extreme left-wing KSČM achieved two-digit results in all national elections, since more than one decade right-wing extremist organizations have almost disappeared from the political stage. Meanwhile in Slovakia, by the SNS there exists one of the most successful right-wing extremist parties of Europe, while the orthodox communists are not at all as successful as their Czech comrades. Nevertheless, there are common grounds also beyond the extremist antipodes: Right and left-wing extremists share strongly anti-European and national protective attitudes as well as their own mixture of nationalist and social populist positions.

## I. Einleitung

Die Europawahlen im Juni 2009 hatten zwei Gewinner. Zum einen zogen zahlreiche europafeindliche Parteien ins EU-Parlament ein. So genannte „harte“ euroskeptische Akteure, welche die europäische Integration nicht nur immanent kritisieren, sondern die Werte und Institutionen der EU fundamental ablehnen,<sup>1</sup>

---

1 Im Gegensatz zur weichen Euroskeptizismusvariante, welche die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration immanent kritisiert, lehnen Vertreter des harten Euroskeptizismus die Gemeinschaftsdemokratie und das Wertesystem der EU generell ab und fordern den Rückzug des jeweiligen Landes aus dem europäischen

legten in vielen Staaten (z. B. Österreich, Finnland, Dänemark, Ungarn und den Niederlanden) stark zu. Zum anderen wurde das Lager der Nichtwähler zum eigentlichen Wahlsieger. Die Wahlbeteiligung sank seit 1979 bei jeder Europawahl und erreichte mit 43 Prozent einen historischen Tiefststand.<sup>2</sup> Die Ursachen dafür sind vielfältig: Mit Europa verbinden viele Europäer Stereotype von fehlender Transparenz und der so genannten „Brüssler Bürokratie“ sowie nationale Verlustängste. Trotz des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrags am 1. Dezember 2009 bleiben, jenseits klassischer Vorurteile gegenüber der EU, begründete Vorbehalte gegenüber der Gemeinschaftsfähigkeit, Identität und Zukunft Europas.

In Tschechien und der Slowakei bestätigten sich die gesamteuropäischen Entwicklungen bei den Europawahlen 2009 nur teilweise. Die Europaverdrossenheit ist – wie im gesamten ehemaligen Ostblock – stärker ausgeprägt als in Westeuropa. Die Wahlbeteiligung lag in Tschechien mit 28,2 Prozent deutlich unter dem EU-Durchschnitt, und war mit 19,6 Prozent in ganz Europa nirgendwo niedriger als in der Slowakei.<sup>3</sup> Die euroskeptischen Parteien konnten allerdings von der EU-Apathie ihrer Landsleute nicht profitieren. Europaenthusiasten sind in beiden Ländern rar – europakritische Stimmen dagegen auch innerhalb der demokratischen Parteien vielfältig vorhanden. Tschechiens Präsident Václav Klaus gilt als bekanntester EU-Gegner, der die Unterzeichnung des Lissabon-Vertrages immer wieder verzögerte. Die Wähler in Tschechien und der Slowakei äußerten ihre EU-Kritik vor allem durch stummen Protest, statt für rechtsextremistische Parteien zu stimmen, um die grundsätzlich befürwortete europäische Integration ihrer Länder nicht zu gefährden.

Für die nationalen Kräfteverhältnisse rechtsextremistischer Parteien in Tschechien und der Slowakei sind die Europawahlergebnisse zudem wenig aussagekräftig, da nur eine kleine Bevölkerungsgruppe den Wählerwillen auf europäischer Ebene widerspiegelt. In beiden Staaten – bzw. vor 1993 in der Tschechoslowakei – existieren seit dem Beginn der demokratischen Transformation 1989 erfolgreiche politische Parteien, deren Ideologien, Strategien und Ziele an das totalitäre Erbe der Vergangenheit anknüpfen. Die Auswirkungen sind allgegenwärtig: Tschechiens unreformierte Kommunisten (KSČM) erzielen konstant zweistellige Ergebnisse, was klare und koalitionsfähige Mehrheiten im Prager Parlament meist behinderte und seit 1996 dreimal zur Bildung von Minderheitsregierungen führte. In der Slowakei regiert seit 2006 die linkspopulistische Partei Smer (Richtung) mit Unterstützung der rechtsextremen Slowaki-

---

Rechts- und Vertragsrahmen. Siehe im Einzelnen Paul Taggart/Aleks Szczerbiak (Hg.), *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Band 1: Case Studies and Country Surveys, Band 2: Comparative and theoretical perspectives, Oxford 2008.

2 Europäisches Parlament (Hg.), *Beteiligung an den Europawahlen 1979–2009*, abrufbar unter: [http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/tournout\\_de.html](http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/tournout_de.html) (Stand: 30.11.2009).

3 Vgl. ebd.

schen Nationalpartei (SNS), welche rassistische Ressentiments gegen Roma und die ungarische Minderheit schürt. Das Verhältnis zwischen Slowaken und Ungarn gilt als schwierigster bilateraler Konflikt innerhalb der EU. Die Entwicklungen werden in der Fachliteratur als Zeichen einer anhaltenden Krise der ostmitteleuropäischen Parteiensysteme bzw. im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft seit Mai 2004 als sogenanntes „Post-Beitritts-Syndrom“ bewertet.<sup>4</sup>

Der Aufsatz untersucht die Ausprägungen und Auswirkungen des parteipolitischen Rechtsextremismus aus komparativer Perspektive. Sowohl die nationale als auch die europäische Ebene wird dabei beleuchtet. Ein militanter, subkultureller oder intellektueller Rechtsextremismus ist nicht Gegenstand des Beitrags. Stattdessen sollen die Wechselbeziehungen zwischen rechtem und linkem Extremismus aufgezeigt werden. Als rechtsextremistisch gelten im Folgenden jene Akteure, die antidemokratisch auftreten, das Prinzip der menschlichen Fundamentalgleichheit ablehnen und sich nationalistisch, rassistisch und ethnozentrisch präsentieren. Die vergleichende Vorgehensweise des Beitrags bezieht sich zum einen auf die beiden Staaten der früheren Tschechoslowakei, zum anderen auf das Verhältnis von Rechts- und Linksextremismus. Gleichwohl heißt Vergleichen nicht Gleichsetzen. So können harte (militant-gewaltbereite) und weiche (z. B. populistische) Rechtsextremismusvarianten identifiziert werden. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden beider Länder. Welche Parallelen weist die Entwicklung seit 1990 auf? Welche Gründe sind für den Erfolg und/oder den Misserfolg der verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen verantwortlich? Gibt es ideologische, strategische und programmatische Unterschiede der antidemokratischen Kräfte? Was kennzeichnet das Verhältnis bzw. den Umgang der demokratischen Parteien mit den Rechtsaußenparteien beider Länder, und wie sind die Perspektiven demokratischer Konsolidierung bzw. rechtsextremer Etablierung in Tschechien und der Slowakei einzuschätzen?

Um diese Fragen beantworten zu können, ist eine Analyse der entstehungsrelevanten Ursachen für politischen Extremismus unabdingbar. Der britische Politikwissenschaftler Christopher Williams unterscheidet in seiner Theorie zur Erklärung des osteuropäischen Rechtsextremismus vier zentrale Bestandteile des Wandels, die für die Entwicklung von Rechtsextremismus ausschlaggebend sind: 1. kulturelle Faktoren, 2. politische Veränderungen, 3. wirtschaftliche Transformation, 4. soziale Spannungen.<sup>5</sup> Zudem scheint es notwendig, nicht nur

- 
- 4 Siehe Dieter Segert, Parteiendemokratie in der Krise: Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa. In: Osteuropa, 58 (2008) 1, S. 49–61; Marianne Kneuer, Die Stabilität populistischer Regierungen am Beispiel der slowakischen HZDS: Wechselwirkungen innen- und außenpolitischer Prozesse. In: Susanne Fröhlich-Steffen/Lars Rensmann (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, S. 149–172, hier 165 f.
  - 5 Als fünfte Ursache für das Auftreten von Rechtsextremismus in Osteuropa unterscheidet Williams die Folgen der Globalisierung. Darin sehen wir allerdings keine eigenständige Extremismusursache und werden die Aspekte der Globalisierung daher unter

die aktuell-transformationsbedingten Extremismusursachen zu analysieren, sondern ebenso die historische Dimension einzubeziehen. Wir unterscheiden daher in Anlehnung an Williams für Tschechien und die Slowakei folgende Ursachendimensionen zur Erklärung rechtsextremistischer Phänomene: 1. gesellschaftliche Vergangenheitsbewältigung (historische Dimension), 2. Position zum/im politischen System (politische Dimension) 3. gesellschaftliche Heterogenität (soziale Dimension) und 4. wirtschafts- und europapolitische Einstellungen der Bevölkerungen (ökonomische Dimension).

## II. Entwicklung extremistischer Parteien in Tschechien und der Slowakei seit 1990

### 1. Tschechien

Seit 1993 gelang in der Tschechischen Republik nur einer extremistischen Partei der Einzug ins nationale Parlament: der rechtsextremistischen Vereinigung für die Republik – Republikaner Partei der Tschechoslowakei (SPR/RSC). Allerdings sind die Republikaner seit über zehn Jahren bei Wahlen bedeutungslos. Sie schieden nach den vorgezogenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1998 aus. Durch Korruptionsskandale und Abspaltungen scheiterten sie bei den Wahlen 2002 und 2006 deutlich an der 5-Prozent-Hürde. Die linksextremistische Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) erzielte dagegen bei allen Parlamentswahlen zweistellige Ergebnisse. Während die Kommunisten von Politikern und Wissenschaftlern nur zum Teil als antidemokratisch wahrgenommen werden, gilt die SPR-RSČ als eindeutig extremistisch. Zwar sahen sich die Republikaner im tschechischen Parlament selbst als die einzigen konsequenten Verteidiger des demokratischen Systems, doch das propagierte Führungsprinzip, die Poesstätigkeit in der Parteizeitung „Republika“, fremdenfeindliche Proklamationen gegenüber den Roma und hinsichtlich der sudetendeutschen Frage sowie die Gewaltbereitschaft des Parteienachwuchses in der Republikanischen Jugend (RJ) charakterisieren sie als zweifelsfrei rechtsextremistische Partei.<sup>6</sup>

Die SPR/RSC wurde 1990 gegründet und Miroslav Sládek zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Bei den Parlamentswahlen 1992 erhielten die Republikaner 5,5 Prozent der Stimmen. Vier Jahre später erzielten sie ihr Rekordergebnis von 8,0 Prozent. Umso überraschender kam das Scheitern der Partei bei den vorgezogenen Wahlen 1998. Dabei setzte die Partei auf eine groß angelegte Plakat-Kam-

---

den vier anderen Kriterien behandeln. Vgl. Christopher Williams, Problems of Transition and the Rise of the Radical Right. In: Sabrina P. Ramet (Hg.), The Radical Right in Central and Eastern Europe since 1989, Pennsylvania 1999, S. 29–48.

6 Vgl. Tom Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Osteuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007, S. 136–145.

pagne, und viele Umfragen bestätigten ein weiteres Erstarken der Republikaner. Sie verloren aber viele Sympathisanten, die mehrheitlich gegen den autoritären Führungsstil Miroslav Sládeks votierten und über die Lösung der sozialen Probleme Tschechiens abstimmten.<sup>7</sup> Die Wähler der SPR/RSC wendeten sich daher der Sozialdemokratie und der KSČM zu. Zuvor hatte Sládek zweimal erfolglos für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert. Nach den Wahlen 1998 geriet die Partei in eine tiefe Krise. Die SPR/RSC spaltete sich in drei Parteien: in die Republikaner von Miroslav Sládek, die Republikaner und die Arbeiterpartei. Alle drei Gruppierungen formulierten in ihren Dokumenten ähnliche Ziele wie die Vorgängerorganisation. Doch keine Partei konnte annähernd an die Erfolge der 1990er Jahre anknüpfen. Weitere Parteien blieben bei Wahlen bislang marginal. Bei den Europawahlen 2004 und 2009 konnten die rechtsextremistischen Parteien zusammen nicht mehr als ein Prozent der Wählerstimmen gewinnen.

Im tschechischen Rechtsextremismus sind aktuell zwei Hauptströmungen zu erkennen: die konservativ-nationalistischen Kräfte (Národní Strana – Nationalpartei, NS; Právo a spravedlnost – Recht und Gerechtigkeit, PaS) und die – vor allem vom deutschen Nationalsozialismus inspirierten – neonationalsozialistischen Gruppierungen (Národní odpor – Nationalwiderstand, NO; Národní korporativismus, Nationalkorporativismus).<sup>8</sup> Bei der Parlamentswahl im Jahr 2006 erhielt die NS 0,17 Prozent der Stimmen und erzielte damit das beste Ergebnis aller rechtsextremistischen Parteien. Die neonazistischen Gruppierungen sind meist ohne politische Ambitionen. Sie stellen nur vereinzelt Kandidatenlisten für Wahlen auf und konzentrieren sich mehr auf die Aktivitäten „auf der Straße“. Seit 2005 ist bei beiden rechtsextremistischen Lagern der Trend einer gegenseitigen Annäherung zu beobachten.<sup>9</sup>

Tabelle 1: Ergebnisse der rechtsextremistischen Parteien bei den tschechischen und slowakischen Parlaments- und Europawahlen seit 1992

|                  | Parlamentswahlen |         |      |      |      | Europawahlen |      |
|------------------|------------------|---------|------|------|------|--------------|------|
|                  | 1992*            | 1994/96 | 1998 | 2002 | 2006 | 2004         | 2009 |
| Republikaner     | 5,5              | 8,01    | 3,90 | 1,0  | –    | 0,7          | 0,3  |
| Nationale Partei | –                | –       | –    | –    | 0,2  | 0,1          | 0,3  |
| SNS              | 7,9              | 5,4     | 9,1  | 7,0  | 11,7 | 2,0          | 5,6  |

\* Angaben jeweils für den tschechischen und slowakischen Landesteil bei den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei.

Quelle: Offizielle Statistikämter der Tschechischen Republik (<http://www.volby.cz>, Stand: 1.12.2009) und der Slowakei (<http://statistics.sk>, 1.12.2009).

7 Vgl. Pierre Milza, *Evropa v černých košilích*, Prag 2004.

8 Jan Rataj, *Český nacionalismus a identita v konceptu současných krajně pravicových stran v České republice*. In: Marie Neudorflová (Hg.), *Spory o dějiny IV*, Prag 2003, S. 44–83.

9 Vgl. Jan Charvát, *Současný politický extremismus a radikalismus*, Prag 2007, S. 154.

## 2. Slowakei

Während in Tschechien rechtsextreme Parteien bei Wahlen seit 1998 marginal blieben, gelangten Rechtsextremisten seit der slowakischen Unabhängigkeit 1993 immer wieder ins Bratislavaer Parlament. Die größten Erfolge konnte die Slowakische Nationalpartei (SNS) erzielen. Sie wurde am 7. März 1990 gegründet und versteht sich als offizielle Nachfolgeorganisation der gleichnamigen Partei aus der vortschechoslowakischen Periode. Von allen slowakischen Parteien war sie diejenige politische Kraft, die sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus am vehementesten für die Unabhängigkeit des slowakischen Staates einsetzte.<sup>10</sup> Davon profitierte die SNS bei den Wahlen zum slowakischen Nationalrat im tschechoslowakischen Staatenverbund, obwohl es weder in der tschechischen noch in der slowakischen Bevölkerung eine Mehrheit für die Spaltung des Landes gab. Die Nationalisten erreichten 1990 13,9 Prozent; beim letzten gemeinsamen Urnengang von Tschechen und Slowaken 1992 erzielten sie 7,9 Prozent. Die faktische Koalition mit der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) wurde nach der Unabhängigkeit des Landes am 1. Januar 1993 in eine formale umgewandelt.<sup>11</sup>

Die erste slowakische Regierung aus den Rechtspopulisten um Premierminister Vladimír Mečiar (HZDS) und den Rechtsextremisten (SNS) hielt nur zwei Jahre. Aufgrund innerer Differenzen spaltete sich Ende 1993 ein Teil der SNS-Fraktion ab. Nachdem auch der große Koalitionspartner HZDS zehn abtrünnige Abgeordnete ausgeschlossen hatte, verlor die Allianz ihre Parlamentsmehrheit. Aufgrund massiver Verletzungen der Chancengleichheit, durch die gezielte Einflussnahme auf die staatlichen Medien und wegen des eingeschränkten Zugangs zu den öffentlich-rechtlichen Informationskanälen für die Oppositionsparteien gelang es Mečiar bei den Wahlen 1994, sein Regierungsbündnis mit der SNS zu erneuern – erweitert um die linksextremistische Arbeitervereinigung der Slowakei (ZRS). Die neu gegründete Partei gewann 7,3 Prozent der Stimmen, verschwand jedoch vier Jahre später in der politischen Versenkung. Die slowakischen Nationalisten verloren dagegen an Unterstützung. Mit 5,4 Prozent erzielten sie ihr bis dahin schlechtestes Resultat.<sup>12</sup>

Die Parlamentswahlen im Herbst 1998 brachten das Aus für die von innenpolitischen Korruptionsvorwürfen und außenpolitischer Isolation gebeutelte Koalition. Trotz offensichtlicher Wahlrechtsmanipulation gelangen HZDS und SNS nicht mehr als Pyrrhussiege. Die HZDS wurde knapp Wahlsieger; die

10 Vgl. Miroslav Mareš, Länderporträt Slowakei. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 19, Baden-Baden 2007, S. 237–262, hier 246.

11 Siehe im Einzelnen Lubomír Kopeček, *Politické strany na Slovensku 1989 až 2006*, Brunn 2007.

12 Vgl. Darina Malová/Tim Houghton, *Parliament and System Change in Slovakia*. In: Susanne Kraatz/Silvia von Steinsdorff (Hg.), *Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa*, Opladen 2002, S. 127–143, hier 131.

Nationalisten steigerten ihr Ergebnis auf 9,1 Prozent. Die ZRS scheiterte mit 1,3 Prozent klar an der 5-Prozent-Hürde. Es kam zu einer breiten Anti-Mečiar-Koalition und zur Bildung einer neuen Regierung unter Mikuláš Dzurinda. Der Machtverlust und die folgende vierjährige Oppositionsrolle im Parlament führten zu tiefen Zerwürfnissen innerhalb der SNS. Aufgrund innerer Machtkämpfe und persönlicher Rangeleien zwischen dem von 1994 bis 1999 amtierenden Vorsitzenden Ján Slota und seiner Nachfolgerin Anna Malíková spaltete sich die Partei. Die Konsequenz: Sowohl die SNS als auch die um Slota neu formierte Wahre Slowakische Nationalpartei (PSNS) scheiterten 2002 an der 5-Prozent-Hürde. Trotz der monatelang von der Öffentlichkeit begleiteten parteiinternen Querelen, erzielten beide Fraktionen mit 3,3 bzw. 3,7 Prozent der Stimmen achtbare Ergebnisse. Bei den Europawahlen 2004 scheiterte die Wahlallianz von SNS und PSNS mit 2,0 Prozent deutlich am Parlamentseinzug.<sup>13</sup>

Dafür gelang 2002 der längst tot geglaubten linksextremen Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS) – einer orthodoxen Abspaltung der reformierten postkommunistischen Partei der demokratischen Linken (SDL) – mit 6,3 Prozent erstmals der Einzug ins Parlament. Nach vier Jahren von Isolation geprägter Parlamentsbeteiligung stellte sich jedoch mit den Wahlen im Juni 2006 bei der KSS Ernüchterung ein. Mit 3,9 Prozent der Stimmen verpasste sie den Wiedereinzug ins slowakische Parlament. Dafür verantwortlich waren zwei wesentliche Ursachen: zum einen die erfolgreiche Instrumentalisierung linker Protestthemen durch die Smer, zum anderen die Rückkehr der wiedererstarkten extremen Rechten. Die Annäherung der beiden SNS-Teile begann reichlich ein Jahr vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 2006.<sup>14</sup> Die reformmüde Bevölkerung belohnte die radikale Regierungskritik der Nationalisten mit 11,7 Prozent der Stimmen. Damit gelang der SNS nicht nur eine deutliche Steigerung des Wahlergebnisses gegenüber 2002, was sie zur drittstärksten Fraktion machte, sondern auch die neuerliche Übernahme der Regierungsverantwortung.<sup>15</sup> Im EU-Parlament stellt die SNS seit den Europawahlen 2009 einen Abgeordneten, auch wenn das Ergebnis mit 5,6 Prozent hinter den eigenen Erwartungen zurückblieb.<sup>16</sup> Im amtierenden slowakischen Kabinett unter Ministerpräsident Robert Fico (Smer) stellt die SNS die Ministerien für Regionalentwicklung, Umwelt und Bildung. Bedingung für die Koalitionsvereinbarung war,

13 Vgl. Statistikamt der Slowakischen Republik (Hg.), Election Statistics, abrufbar unter: <http://portal.statistics.sk/showdoc.do?docid=3090>, (Stand: 2. 12. 2009).

14 Vgl. Miroslav Konečný/Karel Zetocha, Slovenská národná strana: druhá šanca. In: Středoevropské politické studie/Central European Political Studies Review, 7 (2005) 2–3, S. 241–262.

15 Siehe im Einzelnen Soňa Szomolányi, Parlamentné voľby v krajinách V4 2005–2006: dôvod k obavám? In: Stanislav Balík/Lukáš Benda/Marek Buchta (Hg.), Parlamentní volby 2005–6 v zemích Visegrádské čtyřky, Prag 2007, S. 15–28; Svetozár Zrno, Slovenská národná strana a radikalizmus. In: Vladimír Srb/Petra Hirtlová (Hg.), Radikalismus a jeho projevy v současném světě, Kolín 2007, S. 127–142.

16 Vgl. Offizielles Statistikamt der Slowakischen Republik, Election Statistics.

dass weder Vladimír Mečiar vom dritten Koalitionspartner HZDS noch der neue und alte SNS-Vorsitzende Ján Slota einen Ministerposten erhalten sollten, um so die Entrüstung von Opposition, slowakischen Medien, EU-Vertretern und ausländischen Beobachtern zu dämpfen. Tatsächlich üben die Köpfe der beiden Parteien auch ohne Regierungsamt maßgeblichen Einfluss auf die Politik der aktuellen Koalition aus.

### III. Ursachen des politischen Extremismus

#### 1. Gesellschaftliche Vergangenheitsbewältigung (historische Dimension)

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist in ganz Osteuropa mühsam. Tschechien und die Slowakei stellen dabei keine Ausnahme dar. Das Fortbestehen einer starken kommunistischen Partei wie der KSČM hat ebenso geschichtliche Ursachen wie das Auftreten des Rechtsextremismus in Tschechien und der Slowakei – allerdings was die Kräfteverhältnisse angeht mit umgekehrten Vorzeichen. In Tschechien war während der 1990er Jahre die sudetendeutsche Frage ein zentrales Thema, mit dem die Republikaner (aber auch die Kommunisten) zahlreiche Wähler mobilisierten. Auch die Nationale Partei spricht bis heute von einer „schleichenden Germanisierung der Tschechischen Republik“.<sup>17</sup> Doch die Aussöhnung beider Staaten und die Beruhigung der öffentlichen Diskussion seit dem EU-Beitritt Tschechiens schwächte die Zugkraft des Themas deutlich.

Dies zeigt aber, welche Bedeutung die demokratische Auseinandersetzung mit geschichtswissenschaftlichen Kontroversen besitzt oder was, wie im Fall der Slowakei, geschieht, wenn antidemokratische Akteure den historischen Diskurs (mit)bestimmen. Die SNS verweigert jede Distanzierung vom profaschistischen Regime der Slowakei. Die hitlerhörigen Kollaborateure um den Priester Jozef Tiso werden als Gründungsväter des ersten slowakischen Staates in ein positives Licht gerückt. Zur Rechtfertigung bemühen sich die slowakischen Nationalisten um die Relativierung der eigenen Verbrechen und eine Differenzierung zwischen dem deutschen und dem slowakischen Faschismus. Im Gegensatz zum Dritten Reich sei der slowakische Faschismus eine klerikale, demokratische und liberale Variante gewesen, die den 1 000-jährigen Traum des Landes nach staatlicher Unabhängigkeit erfüllte habe. Die Zurückweisung jeder historischen Verantwortung für die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg entspricht einer auf Mythen gründenden Verklärung der eigenen Geschichte. Die SNS versucht, den Pakt mit Deutschland dadurch zu rechtfertigen, dass die slowakische Nation bei einer Verweigerung des Hitler-Diktats von Polen und Ungarn geschluckt worden wäre. In Wahrheit paktierte die niemals besetzte Slowakei freiwillig mit dem

---

17 Programm der Nationalpartei, abrufbar unter: <http://www.narodni-strana.cz/program.php> (Stand: 2.12.2009).



Deutschen Reich. Dennoch sehen sich die slowakischen Rechtsextremisten in einer Ahnengalerie mit den Staatsgründern von 1938. Der von Hitler als Präsident installierte Jozef Tiso wurde 2001 von Ján Slota in seiner Heimatstadt Žilina mit einer Gedenkmedaille geehrt. Zum 50. Todestag des Priesters veröffentlichte die SNS eine Pressemitteilung, in der Tiso als Märtyrer bezeichnet wird, der seine Nation und das Christentum gegen Liberalismus und Bolschewismus verteidigt habe.<sup>18</sup>

## 2. Position im politischen System (politische Dimension)

Der Übergang vom Staatssozialismus zur liberalen Demokratie war für die tschechoslowakischen Reformkräfte mit der Vision einer bürgerlichen Gesellschaft und einer demokratisch-politischen Kultur mit öffentlicher Partizipation verbunden. Bereits kurze Zeit nach der Installierung neuer politischer Institutionen zeigte sich allerdings in beiden Landesteilen ein erschreckendes Desinteresse an Politik und eine Gefährdung der demokratischen Entwicklung durch populistische bzw. extremistische Kräfte. Zum einen sind es fehlende demokratische Grundüberzeugungen und alte kulturelle Prägungen, zum anderen die unzureichenden – oder zumindest so empfundenen – Ergebnisse der neuen Politik, die für diese Entwicklung verantwortlich sind. Doch nicht nur das Desinteresse an Demokratie und Politik fördert rechtsextreme Akteure. Die osteuropäischen Gesellschaften bleiben in ihrer allgemeinen Akzeptanz von Demokratie und Meinungsvielfalt nach wie vor deutlich hinter vergleichbaren Zustimmungsraten in Westeuropa zurück. Die Frage, ob die jeweiligen Staaten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren sollten, bejahten in Tschechien 10 Prozent; in der Slowakei war es fast ein Viertel der Befragten.<sup>19</sup>

Auch im Umgang mit den antidemokratischen Kräften unterscheiden sich Tschechien und die Slowakei voneinander. Offiziell berufen sich die demokratischen Parteien beider Staaten auf einen verfassungsmäßig festgeschriebenen antiextremistischen Konsens. Extremistische Parteien gelten als unzulässig und sind zu verbieten, wenn diese die demokratische Grundordnung gefährden.<sup>20</sup> In Tschechien wurden seit 1992 neun kleinere extremistische Parteien und Organisationen vom Obersten Gericht aufgelöst. In der Slowakei fand das Instrumentarium des Parteiverbotes erstmals 2006 Anwendung. Die eher unbedeutende Vereinigung Slowakische Gemeinsamkeit – Nationalpartei (NS-SP) wurde wegen

18 Vgl. Rudolf Chmel, Slowakei: Kleine Nation, große Mythen. In: Europäische Rundschau, 34 (2006) 2, S. 59–69.

19 Vgl. Detlef Pollack/Gerd Pickel, Pessimismus – ein ostdeutsches Phänomen? Politische Einstellungen in Ostdeutschland im ostmittel- und osteuropäischen Vergleich. In: dies. u. a. (Hg.), Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Politische Kultur in den neuen Demokratien Europas, Wiesbaden 2006, S. 137–154, hier 142.

20 Die Regelung stammt noch aus dem tschechoslowakischen Parteiengesetz von 1992 und wurde nach der Teilung des Landes für beide Nachfolgestaaten übernommen.

ihrer militant-rassistischen Ausrichtung vom slowakischen Verfassungsgericht verboten.

Die kommunistischen Parteien Tschechiens und der Slowakei werden öffentlich weniger als linksextremistisch und eher als sozialistisch bewertet. Dennoch gelten KSČM und KSS als nicht koalitionsfähig. Unterschiedlich ist die Wahrnehmung und Behandlung des Rechtsextremismus: Während die rechtsextremen Kräfte in Tschechien gesellschaftlich isoliert sind und vom Innenministerium beobachtet werden, existiert der antirechtsextremistische Konsens in der Slowakei nur auf dem Papier. Die Regierungen in Prag lehnten bislang jede Form der Zusammenarbeit mit rechts- und/oder linksextremistischen Partnern ab. Die slowakischen Nationalisten sind seit 2006 wieder an der Regierung beteiligt, diesmal unter Robert Fico (Smer). Bereits von 1992 bis 1998 agierte die SNS als Juniorpartner im semidemokratischen Kabinett Vladimír Mečiar. Trotz ihrer eindeutig antidemokratischen Gesinnung wird die SNS in weiten Teilen der slowakischen Gesellschaft kaum als rechtsextremistisch wahrgenommen, was die öffentliche Abgrenzung von solchen Positionen erschwert.<sup>21</sup>

### 3. Gesellschaftliche Heterogenität (soziale Dimension)

Als eine zentrale Ursache für die Erfolgsaussichten rechtsextremistischer Akteure gilt die Anwesenheit großer nationaler Minderheiten. Der Vergleich Tschechiens und der Slowakei belegt diesen Zusammenhang idealtypisch. Alle rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen beider Länder verweisen in irgendeiner Form auf die sozialen Probleme mit den Roma, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg. Die Nationale Partei in Tschechien gilt als Lautsprecher der Anti-Roma-Bewegung. Ihre Verantwortlichen bezichtigen die Roma der Kriminalität, bezeichnen sie als Kriminelle und bestreiten die historische Existenz eines Konzentrationslagers für Zigeuner im südböhmischen Lety. Der Parteivorsitzenden Petra Edelmanová zufolge seien unter den Lagerinsassen viele „Asoziale“ gewesen, die keine Gedenkstätte verdient hätten.<sup>22</sup>

Ohne die gesellschaftlichen Gefahren – eine Verhärtung und Zuspitzung des sozialen Konflikts – solcher Positionen klein reden zu wollen: Für die Frage nach dem Wählerpotenzial des parteipolitischen Rechtsextremismus ist die Minderheitensituation in Tschechien verglichen mit der Slowakei deutlich weniger relevant. Bei vielen Slowaken existieren latente Vorurteile gegenüber der etwa zehn Prozent starken ungarischen Volksgruppe im Land und manifeste Ressentiments gegenüber den Roma. Während nationalistischer Hass auf die ungarische Minderheit eher vom harten Kern der slowakischen Rechtsextremisten ausgeht,

---

21 Vgl. Tom Thieme, *Extremismus in der Slowakei*. In: Eckhard Jesse/ders. (Hg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden 2010 (i. E.).

22 Vgl. Michael Minkenberg/Pascal Perrineau, *The Radical Right in the European Elections 2004*. In: *International Political Science Review*, 28 (2007) 1, S. 29–56, hier 47.

betrachten besorgniserregend viele Slowaken die etwa 300 000 Roma als Ursache der sozialen Probleme des Landes. Die SNS zieht aus der Feindseligkeit gegenüber zwei nationalen Minderheiten doppelten Profit: Die slowakische Gesellschaft werde im inneren von der Roma-Minderheit, und das slowakische Staatsgebiet von grenzrevisionistischen Bestrebungen der Ungarn bedroht. Im Wahlkampfprogramm von 2006 heißt es: „Die Garantie von Menschenrechten und der Schutz vor offener oder versteckter Diskriminierung kann nicht gewährleistet werden, da die Staatsangehörigen der nationalen Minderheiten keine Mitglieder der slowakischen Nation sind.“<sup>23</sup> Die Feststellung einer Bedrohung versucht die SNS absurd zu verdrehen: Slowaken seien durch die Privilegierung der Minderheiten benachteiligt. Nicht die ungarische Minorität habe slowakische Ansprüche zu fürchten, sondern die Slowakei sei von großungarischen Absichten bedroht. In diesem Zusammenhang bezeichneten die slowakischen Nationalisten die ungarische Minderheit als „Fünfte Kolonne“.<sup>24</sup>

#### 4. Wirtschafts- und europapolitische Einstellungen (ökonomische Dimension)

Entscheidend für die Etablierung demokratischer Staaten waren und sind die erfolgreiche Umstrukturierung und das Wachstum der Wirtschaft. Wenn aus den Veränderungen des politischen Systems keine materielle Verbesserung erwächst, sondern Stagnation oder eine Verschlechterung der ökonomischen Lage eintritt, ist es illusorisch, Akzeptanz für Demokratie und Marktwirtschaft zu erwarten. Die Schwierigkeiten beim Übergang von der staatlich gelenkten Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft waren in der Tschechoslowakei unterschätzt worden; ein nicht wettbewerbsfähiges, marodes Wirtschaftssystem und die Hinterlassenschaft hoher Staatsschulden prägten die Startbedingungen. Nach dem Beginn der Reformen kam es zu einem starken ökonomischen Einbruch. Das Brutto sozialprodukt und die Realeinkommen sanken unter das Sozialismus-Niveau und haben in den strukturschwachen Regionen Tschechiens und der Slowakei bis heute nicht den Stand von vor 1990 erreicht. Zudem sind sie wesentlich ungleicher verteilt als in den Zeiten des Sozialismus. Auch stieg die Inflation gravierend an. Die Arbeitslosigkeit wuchs vor allem in der Slowakei rasant. Trotz zwischenzeitlicher Entspannung und hoher Wachstumsraten von fünf bis sieben Prozent gelang es nicht in hinreichendem Maße, die freigesetzten Arbeitskräfte der maroden sozialistischen Industrie- und Agrarsektoren in privatisierten Wachstumsindustrien und neuen Dienstleistungsbranchen zu beschäftigen.

<sup>23</sup> Volebný Program SNS 2006, abrufbar unter: <http://www.sns.sk> (Stand: 2.12.2009).

<sup>24</sup> Vgl. Thomas S. Szayna, The extreme-right political movements in post-communist Central Europe. In: Peter H. Merkl (Hg.), The revival of right-wing extremism in the nineties, London 1997, S. 111–148, hier 129.

Hinzu kam der Umbau einstiger Planökonomien hin zur Wettbewerbsstauglichkeit in einer beschleunigten globalisierten Wirtschaftsentwicklung. Tschechien und die Slowakei kämpfen seit dem EU-Beitritt 2004 zunehmend mit dem Problem wachsender Billiglohnkonkurrenz aus Ost- und Südosteuropa.<sup>25</sup> Vor allem die Risiken der EU-Mitgliedschaft fördern extremistische und antieuropäische Positionen. Obwohl die Zustimmung zur europäischen Gemeinschaftspolitik in beiden Staaten seit 2005 konstant wächst,<sup>26</sup> stehen den Vorteilen der Osterweiterung (Zuwachs an außenpolitischer Stabilität, Erweiterung des Binnenmarktes, Gewinn an wirtschaftlicher Stabilität und Beschleunigung des Wachstums durch ausländische Direktinvestitionen) die Gegner einer erweiterten EU mit ihren teilweise berechtigten Ängsten gegenüber. Teile der tschechischen und slowakischen Bevölkerung befürchten nach wie vor den Verlust an eigenstaatlicher Souveränität, den Ausverkauf des Bodens und den Niedergang der Wirtschaft. Ein Teil dieser Argumente resultiert aus Vorurteilen und der Polemik von Populisten und Extremisten. Nicht nur den Linkaußenparteien wie der KSČM gelingt es, in die Rolle als Verfechter der sozial schwachen Schichten und der Arbeitslosen zu schlüpfen, obwohl die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Tschechien 2008 lediglich 5,3 Prozent betrug.<sup>27</sup> Allerdings profitieren Rechtsextremisten hier weniger stark von der Thematisierung der Arbeitsmarktpolitik wie in der Slowakei.

Die rechtsextremistischen Parteien beider Länder setzen vor allem auf das Thema Arbeitsmigration. Ausländische Arbeitnehmer bezeichnen sie als „Zecken“, die zudem an der Verschlechterung der Lebensbedingungen schuld seien.<sup>28</sup> Sowohl die national-konservativen Flügel als auch die jeweiligen neonationalsozialistisch inspirierten Szenen benutzen das Thema, um mit einer kruden Mixtur aus rassistischen Vorurteilen und linkspopulistischem Protest Mitglieder und Wähler zu mobilisieren. Insgesamt jedoch profitieren rechtsextreme Parteien in Tschechien und der Slowakei von den verbreiteten euroskeptischen Einstellungen der Bevölkerungen weniger stark als in anderen europäischen Staaten. Da europakritische Ressentiments in beiden Ländern auch von vielen demokratischen Parteien vertreten werden, ist Euroskeptizismus kein Alleinstellungsmerkmal des politischen Extremismus. Das mag aus der Perspektive des europäischen Integrationsprozesses problematisch erscheinen, verhindert aus normativ-demokratiethoretischer Sicht jedoch die Etablierung einer fundamentalen EU-Gegnerschaft.

---

25 Vgl. Thomas Bär, Abschied vom Billiglohn. In: Prager Zeitung vom 8.1.2004, S. 16.

26 Vgl. Europäische Union (Hg.), Eurobarometer 2008, abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb69/\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb69/_en.htm) (Stand: 2.12.2009).

27 Arbeitslosenzahlen. In: České noviny vom 8.8.2008, S. 3.

28 Vgl. Odpor (Widerstand), verschiedene Artikel, abrufbar unter <http://www.odpor.org> (Stand: 2.12.2009).

#### IV. Strategien und Perspektiven des parteipolitischen Rechtsextremismus

Trotz ähnlicher Taktik sind die Zukunftspotenziale rechtsextremistischer Parteien in Tschechien und der Slowakei gänzlich unterschiedlich einzuschätzen. Zwar ist in beiden Ländern eine „marketization of electioneering“<sup>29</sup> zu beobachten, dennoch blieb der Rechtsextremismus in Tschechien politisch marginal, während er in der Slowakei hochbrisant erscheint. Zudem verfolgen die nationalistischen Parteien beider Länder seit einigen Jahren eine Art Doppelstrategie. Einerseits suchen die SNS und die Republikaner nach stärkerer Bindung an die rechtsextremen Szenen. Die Jugendorganisationen beider Parteien sind beliebte Sammelbecken von Skinheads, Hooligans und Neonationalsozialisten. Der SNS-Vorsitzende Slota erfreut sich gerade bei militanten jugendlichen Anhängern großer Beliebtheit, denn seine Aussagen strotzen häufig vor chauvinistischer und rechtsextremer Hetzerei. Auf einer Kundgebung erklärte er unter Alkoholeinfluss, er wolle Budapest mit Panzern attackieren und die Stadt dem Erdboden gleichmachen.<sup>30</sup> Allerdings bemühen sich einige Rechtsextremisten um ein eher bürgerliches Auftreten und somit um Wähler in der Mitte. So betreibt die SNS im slowakischen Kabinett eine kompromissbereite Regierungspolitik, und die tschechische NS versucht mit einem national-konservativen Image Zustimmung zu gewinnen.

Weiterhin lässt sich in beiden Ländern die Entstehung einer nationalen „Volksfront“ beobachten. Dabei geht es mehr um den Versuch einer Vereinheitlichung der nationalistischen Ideologien als um die Gründung neuer Sammlungsbewegungen. Gegenüber den extremistischen Antipoden treten die rechtsextremistischen Parteien zweck- und nutzenorientiert auf. Sowohl die Republikaner als auch die SNS vertreten teilweise eigene linke und linksextreme Politikinhalte. Als Anwalt der kleinen Leute versuchen sie sich nicht nur durch die Propagierung sozialer Gleichheit zu profilieren, sondern appellieren stark an Gefühle aus der sozialistischen Zeit. Um nicht offensichtlich in Widerspruch zur ideologisch taxierten Antikommunuslinie zu geraten, greifen die Nationalisten für ihr Programm auf die positiven Errungenschaften der alten Epoche zurück. Die Abhängigkeit des Landes von der internationalen Wirtschaft führe zu Armut, sozialer Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Dagegen kämpfe man „für gesellschaftliche Solidarität, soziale Gerechtigkeit und gegen die von den USA verschuldete geistige Dekadenz.“<sup>31</sup>

29 Vgl. Eva Bradová, Marketization of Electioneering in the Visegrad Countries. A Comparative Study of the Role of Political Marketing. In: Pavel Šaradín/Eva Bradová (Hg.), Visegrad Votes. Parliamentary Elections 2005–2006, Olmütz 2007, S. 105–130.

30 Vgl. Hans-Jörg Schmidt, Slowakische Linke koalieren mit Rechtsextremen. Parteichef Robert Fico verkündet Bündnis mit Ex-Premier Meciar und den Nationalisten – Heftige Kritik von EU-Linksparteien. In: Die Welt vom 30.6.2006, S. 8.

31 Volebný Program SNS 2006.

In Tschechien gelingt es den demokratischen Kräften generell besser als in der Slowakei, den Rechtsextremismus zu neutralisieren. Das liegt vor allem an den eigenen euroskeptischen Positionen des Prager Politestablishments. Die slowakische SNS hat sich dagegen als feste Größe in der politischen Landschaft etabliert. Seit ihrem Comeback 2006 gewann die Partei auf nationaler Ebene weiter an Zustimmung. Sie profitierte nicht zuletzt von den ungarisch-slowakischen Spannungen 2007. Umfragen sahen die SNS Anfang 2008 bei 15 Prozent. Die Rückkehr der in den 1990er Jahren erfolgreichen tschechischen Republikaner kann dagegen nahezu ausgeschlossen werden. Der Partei fehlt es an finanziellen Mitteln, an Unterstützern und nach unzähligen Skandalen ihrer Führung vor allem an Vertrauen. Für mehr Aufmerksamkeit sorgte in den vergangenen Jahren die 2004 gegründete Nationale Partei.<sup>32</sup> Insbesondere die Europäisierung der tschechischen Politik sowie die Aufnahme der Arbeiter aus Osteuropa sind Themen, mit denen sie in der Öffentlichkeit punktet.

Gleichwohl lässt sich die Stärke des slowakischen und die Schwäche des tschechischen Rechtsextremismus nicht ohne Blick auf die linksextremistischen Parteien beider Länder erklären. Der ungebrochene Rückhalt für die Kommunistische Partei in Tschechien ist das Ergebnis mehrerer Faktoren. Zum einen sind nach wie vor viele alte Anhänger tief in der Partei verwurzelt. Zum anderen gilt die Partei als „unerprobte Alternative“ und ist dadurch relativ frei von politischen Sachzwängen und dem Vorwurf des Opportunismus. Drittens sind die Linkaußenparteien der Versuchung erlegen, aus einer populistischen Mixtur von Antikapitalismus, Globalisierungskritik und nationalen Ressentiments Kapital zu schlagen. Beide extreme Lager konkurrieren um ähnliche Wählerklientels und verbinden deshalb sozialen Populismus mit Fremdenfeindlichkeit zu einem mehr oder weniger kohärenten Bedrohungsszenarium für den Nationalstaat. Eine Reihe von Beispielen belegt, wie Rechts- und Linksaußenparteien sich zugleich klassenkämpferischer Rhetorik und nationalistisch-protektionistischer Argumentationen bedienen. Im Wahlkampfprogramm der KSČM von 2006 heißt es, der Wandel von Staats- zu Privateigentum habe zu einem vom Westen verschuldeten Verfall der Ökonomie sowie von Moral und Kultur geführt: „Alle Banken und Versicherungsgesellschaften, die Mehrheit der Industriebetriebe, Medien, Hotels und Dienstleistungseinrichtungen wurden an ausländische Besitzer verkauft. Die Bürger werden nur als billige Arbeitskraft gemietet.“<sup>33</sup>

Die rechts- wie linksextremistischen Parteien stehen in beiden Ländern vor unsicheren Perspektiven. Verharrt die KSČM in ihrer Rolle als konstante Oppositionspartei, wird sie dadurch zwar ihre Protesthaltung konservieren können, zugleich aber am politischen Prozessen in der Tschechischen Republik unbeteiligt bleiben. In Meinungsumfragen ist sie Ende 2009 infolge der Gründung der

32 Vgl. Jakub Kyloušek/Josef Smolík, Local Elections and Extreme Right-Wing Political Parties in the Czech Republic. In: World Political Science Review, 4 (2006) 1, S. 1–29.

33 KSČM, Volebný Program 2006, abrufbar unter: <http://www.kscm.cz/article.asp?thema=3783&item=35527> (Stand: 3.12.2009).

liberalkonservativen Partei Tradition, Verantwortung, Wohlstand (TOP 09) des ehemaligen Außenministers Karl Fürst zu Schwarzenberg auf Platz vier im tschechischen Parteiensystem zurückgefallen.<sup>34</sup> Doch nach wie vor kann sich die Partei auf die Unterstützung sozial schwacher Wähler und sogenannter Modernisierungsverlierer verlassen.<sup>35</sup> Damit entzieht sie den rechtsextremen Parteien ihren Nährboden. Anders als in den 1990er Jahren, als die Partei mit den Republikanern konkurrierte und ihre Sympathisanten mit antiwestlicher bzw. euroskeptischer Politik sammelte, punktet sie heute vor allem mit der Thematisierung der sozialen Frage. Die Transformationsverlierer sehen in der KSČM, nicht aber in den Republikanern und der Nationalen Partei ihre bedeutendste Interessenvertretung. Ähnlich wie die Linke in Deutschland wandelt sich die Partei langsam zu einer catch-all-party.<sup>36</sup>

Auch in der Slowakei existiert ein (negativer) Zusammenhang zwischen dem Erfolg rechts- und linksextremistischer Parteien, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Die nationalistische SNS ist die klare Nummer eins unter den antidemokratischen Parteien. Sie reagierte auf die Proletarisierung ihrer Wählerschaft, indem sie sich von ausschließlich fremdenfeindlichen Positionen verabschiedete und auf einen nationalprotektionistischen Kurs umschwenkte. Die SNS wird auch bei den slowakischen Parlamentswahlen 2010 den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffen und an einer Fortsetzung ihrer Regierungsbeteiligung arbeiten. Weniger klar sind die Erfolgschancen der KSS. Sollte den Kommunisten bei den nächsten Parlamentswahlen der Wiedereinzug in den slowakischen Nationalrat gelingen, ist eine Regierungsbeteiligung nicht ausgeschlossen. Die Partei löste sich in den vergangenen Jahren von vielerlei ideologischem Ballast, tritt gemäßigter auf als früher und demokratischer als die Regierungspartei SNS. Außer den Rechtsextremisten gilt der KSS jede andere Parlamentspartei als potenziell koalitionsfähig. Umgekehrt scheint die politische Kultur der Slowakei gegenüber dem Linksextremismus deutlich empfindlicher als gegenüber dem Rechtsextremismus zu sein. Während die SNS bereits zum dritten Mal seit 1992 in der Regierung sitzt, wurde die KSS 2002 ausdrücklich aus dem breiten Bündnis zur Verhinderung einer erneuten Regierung unter Vladimír Mečiar ausgeschlossen. Da die sozialpopulistische Politik der Partei an vielen Stellen deckungsgleich mit den Programmen der Regierungsparteien SNS und Smer ist und die slowakische Regierung seit ihrem Antritt 2006 einen spürbaren Ausbau

34 Vgl. Klaus Brill, Schwarzenberg führt neue Partei in Tschechien. In: SZ vom 30.11.2009, S. 6.

35 Vgl. Michael Minkenberg, The Renewal of the Radical Right: Between Modernity and Anti-Modernity. In: *Government and Opposition*, 35 (2000) 2, S. 170–188.

36 Vgl. Dan Hough/Vladimír Handl, The post-communist left and the European Union. The Czech Communist Party of Bohemia and Moravia (KSČM) and the German Party of Democratic Socialism. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 37 (2004) 3, S. 319–339; Maximilián Strmiska, The Communist Party of Bohemia and Moravia: A Post-Communist Socialist or a Neo-Communist Party? In: *German Policy Studies/Politikfeldanalyse*, 2 (2002) 2, S. 40–60.

des Sozialstaates betreibt, sind die Chancen eines erneuten Parlamenteinzugs der KSS momentan als eher niedrig einzuschätzen.

## V. Ergebnis – Gefahr für die Demokratie, Gefahr für Europa?

Trotz aller historischen und transformationsbedingten Gemeinsamkeiten Tschechiens und der Slowakei sind die Kräfteverhältnisse politischer Extremismen gänzlich unterschiedlich. Tschechiens Kommunisten behaupten sich als dritte politische Kraft im Land, während rechtsextremistische Parteien seit zehn Jahren außerparlamentarische Opposition betreiben (müssen). Der KSS glückte dagegen nur bei den Wahlen 2002 der Einzug ins slowakische Abgeordnetenhaus, während die SNS, abgesehen von der Legislaturperiode 2002 bis 2006, immer im Parlament vertreten war. Letztere ist damit eine der konstant erfolgreichsten rechtsextremistischen Parteien Europas,<sup>37</sup> während Tschechien seit über zehn Jahren eines der Länder mit dem geringsten rechtsextremen Einfluss ist.

Auch in ihrem Intensitätsgrad unterscheiden sich der tschechisch/slowakische Rechts- und Linksextremismus. Während die enge Verzahnung der rechtsextremistischen Parteien mit der militanten Szene vor allem auf der lokalen Ebene zu gewalttätigen Konflikten führt, betreiben die Linksaußenparteien einen stark sozialpopulistischen Kurs. Beide Parteien beziehen sich zwar ideologisch auf die jeweils historischen Ordnungsvorstellungen ihrer antidemokratischen Vorläuferorganisationen, verfolgen aber tagespolitisch kaum systemablehnende Ziele. Tatsächliche Gestaltungsmacht erlangte nur eine rechtsextreme Partei: Durch die mehrmalige Regierungsbeteiligung der slowakischen SNS beschränkt sich ihr Aktionismus nicht auf eine ohnmächtig-oppositionelle Protesthaltung. In den 1990er Jahren war sie maßgeblich für die Abkehr der Slowakei von demokratischen Prinzipien und Verfahrensregeln mitverantwortlich.

Die Gefahr durch rechtsextremistische Parteien liegt gegenwärtig weniger in der Abschaffung der demokratischen Ordnung und in der Errichtung autoritärer politischer Systeme, sondern vor allem in der verstärkten gesellschaftlichen Polarisierung, in der Verrohung des politischen Klimas und in der Relativierung der nationalen bzw. kommunistischen Geschichtsbilder. Besonders die davon ausgesendeten Impulse für die militant-gewaltbereite rechtsextreme Szene stellen ein Problem für die innere Sicherheit der Länder dar. Die massive Stimmungsmache gegen Nicht-Tschechen bzw. Nicht-Slowaken wird aus deren Sicht nicht nur von Außenseitern artikuliert, sondern auch von Regierungsvertretern und populären Politikern. Die Signale, die von einer derartigen Krawallpolitik ausgehen, sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt doppelt schädlich: Zum einen bleiben

---

37 Vgl. Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 280.



rassistische und fremdenfeindliche Positionen keine Randerscheinung. Sie prägen im Bewusstsein vieler Menschen latente rechtsextreme Einstellungsmuster. Zum anderen löst der dauerhafte Argwohn gegenüber den nationalen Minderheiten im Land feindselige Gefühle auf Seiten der nationalen Minderheiten aus und provoziert somit die Reaktion von deren radikalen Kräften.

Gleichwohl scheint in Tschechien und der Slowakei die Zeit von autokratisch-pseudodemokratischen Abwegen vorbei zu sein. Die extremistischen Parteien besitzen – auch wenn man die Potentiale der Antipoden addiert – kein ausreichend großes Stimmen- und Sympathisantenpotenzial, um die freiheitlich-demokratischen Ordnungen zu gefährden. Die europäische Integration der Länder ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass eine Umkehr des Weges weder in Tschechien noch in der Slowakei ernsthaft gewünscht wird. Zugleich wächst jedoch das Desinteresse an der als bürokratisch und intransparent wahrgenommenen EU. Da aber auch die radikale Alternative zur europäischen Vertiefung – der erstmals im Lissabonvertrag festgeschriebene EU-Austritt – unerwünscht ist, quittieren Tschechen und Slowaken ihre Zweifel an der EU weniger mit rechts-extremistischen Wahlerfolgen als mit einer breit verankerten gesellschaftlichen Europa-Apathie.